

# DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

7/2002

Kiel, 21. Januar 2002

## **19. Tagung des Landtages: Aktuelle Stunde zu zwei Themen**

*Kiel (SHL) – Mit einer Aktuellen Stunde beginnt der Landtag am Mittwoch, 23. Januar 2002, seine 19. Tagung. Die Sitzung endet am Freitag gegen 18:00 Uhr mit einer Fragestunde.*

In der **Aktuellen Stunde** geht es um zwei Themen: Zum einen wird auf Antrag der FDP-Fraktion die **Pflegesituation in der Fachklinik Schleswig** diskutiert, zum anderen auf Antrag der CDU-Fraktion über die **Erklärungen der Ministerpräsidentin bei ihrer Jahrespressekonferenz am 11. Januar 2002**.

Anschließend wird das **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein** in Zweiter Lesung behandelt. Der Agrarausschuss hat zum Entwurf der Landesregierung einige Änderungen vorgenommen und empfiehlt dem Landtag mit Mehrheit, den Gesetzentwurf in dieser Fassung anzunehmen (Drs. 15/1491).

Am Nachmittag setzt der Landtag seine Beratungen mit dem Thema **Neue Wege in der Drogenpolitik** fort. Hierzu liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor (Drs. 15/1398), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, per Verordnung das Rauchen und den Konsum alkoholischer Getränke in Schulen, auf Schulhöfen und bei Schulveranstaltungen zu untersagen. Die Schulkonferenz soll Ausnahmen vorsehen können.

Anschließend geht es in Erster Lesung um einen Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes** (Drs. 15/1492). Danach soll es ausreichend sein, sechs Wochen vor einer Wahl im Wahlgebiet zu wohnen, um wahlberechtigt zu sein. Bislang gelten

drei Monate als Frist. Um gewählt werden zu können, soll es zudem ausreichen, nicht mehr sechs, sondern drei Monate vor der Wahl im Wahlgebiet zu wohnen.

Die **Änderung des Landesmeldegesetzes** wird danach ebenfalls in Erster Lesung beraten. Der Entwurf der Landesregierung (Drs. 15/1493) sieht im Gefolge der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts des Melderechtsrahmengesetzes durch den Bund verschiedene Anpassungen auf Landesebene vor. Zudem soll die Verpflichtung, sich bei Umzügen innerhalb Schleswig-Holsteins bei der für die bisherige Wohnung zuständigen Meldebehörde abzumelden, entfallen.

Anschließend wird der Landtag sich mit der **Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein** beschäftigen. Dazu liegen zwei Anträge vor: SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonen die Bedeutung der Gewaltprävention und bitten die Landesregierung, in der laufenden Tagung allgemein über Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche zu berichten (Drs. 15/1306). Die CDU-Fraktion stellt dazu einen Änderungsantrag und fordert, das Wort „Rechtsextremismus“ durch „Extremismus“ zu ersetzen. (Drs. 15/1376). Der von den Regierungsfractionen erbetene Bericht der Landesregierung über **Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1499) wird anschließend diskutiert.

Am **Donnerstag, 24. Januar 2002**, berät der Landtag zunächst über zwei Anträge zur **Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 15/1494) und zur **Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung** (FDP, Drs. 15/1497). In beiden Anträgen wird die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, damit zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation geschaffen werden.

Danach geht es dann auf Antrag der FDP-Fraktion um die **Liberalisierung des Wettbewerbsrechts** (Drs. 15/1504). Hierbei wird die Landesregierung ebenfalls zu einer Bundesratsinitiative aufgefordert mit dem Ziel, § 7 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb aufzuheben. Demnach darf der Einzelhandel bislang nur Winter- und Sommerschlussverkäufe sowie Jubiläumsverkäufe als Sonderveranstaltungen durchführen.

Die **Zukunft der Regionalisierungsmittel** wollen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sicherstellen. Daher fordern sie die Bundesregierung in

ihrem Antrag (Drs. 15/1506) auf, die Finanzausstattung nicht zu kürzen sowie die Dynamisierung beizubehalten. Diese Mittel bilden die Grundlage dafür, das Angebot im Schienenpersonennahverkehr sicherzustellen. Um das **Regionalprogramm 2000** geht es in der darauffolgenden Debatte. Dazu hat der SSW im Landtag einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/1514), in dem sie von der Landesregierung ein Konzept zur Herstellung von Chancengleichheit beim Qualitätswettbewerb der strukturschwachen Regionen fordert.

Mit der **Integration der Ausländerinnen und Ausländer in der Wirtschaft** befasst sich ein Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1507), der im Anschluss diskutiert wird. Darin wird in einigen Bereichen Handlungsbedarf gesehen, um die Integration in der freien Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst zu verbessern. Gesteigert werden soll auch der Anteil ausländischer Studierender und Wissenschaftler an den Hochschulen. Bislang leben rund 150.000 Ausländerinnen und Ausländer in Schleswig-Holstein, von denen knapp 33.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Am Nachmittag setzt der Landtag seine Beratungen mit dem Thema **Haus der Geschichte** fort. Vor nahezu einem Jahr hatte der Landtag die Landesregierung in einem gemeinsamen Entschließungsantrag aufgefordert, ein Konzept zu Errichtung eines „Hauses der Geschichte“ vorzulegen. Die Landesregierung hat eine Arbeitsgruppe von Museumsfachleuten eingesetzt, deren Bericht sie dem Landtag nunmehr vorlegt (Drs. 15/1408). Die Arbeitsgruppe empfiehlt unter anderem, dass ein „Schleswig-Holsteinisches Haus der Geschichte“ sich auf die Darstellung der Zeitspanne vom zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart konzentrieren soll. Die Standortfrage wird offen gelassen, wobei Bewerbungen des Kreises Schleswig-Flensburg sowie der Städte Schleswig und Kiel vorliegen. Die Kosten werden auf 8 bis 10 Millionen DM (entsprechend ca. 5 bis 5 Millionen Euro) geschätzt.

Als nächstes steht ein interfraktioneller Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien zur **Verbesserung der maritimen Notfallvorsorge** auf der Tagesordnung (Drs. 1571509). Der Antrag zielt auf die Auflagen in der Ausschreibung für einen Notschlepper in der Deutschen Bucht. Die vom Bundesverkehrsminister eingesetzte Kommission hält einen Tiefgang von sechs Metern und eine Schleppleistung von 160t für ausreichend. Die im Landtag vertretenen Parteien sehen dies anders und fordern die Verlän-

gerung des im April auslaufenden Chartervertrages mit der leistungsstärkeren „Oceanic“.

**Anonyme Geburten** möchte die CDU-Fraktion durch Änderung des Personenstandgesetzes ermöglichen. (Drs. 15/1510) Sie fordert daher die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen und die landesrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Mit dem **Landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebau** befasst sich ein weiterer CDU-Antrag (Drs. 15/1511). Demnach soll die Landesregierung das Programm „Zukunft auf dem Lande“ so ändern, das daraus auch der Wirtschaftswegebau finanziert werden kann.

Nächstes Thema der Beratungen ist ein Bericht der Landesregierung zur **Personalstruktur- und Dienstrechtsreform im Hochschulbereich** und zum **Professorenbesoldungsreformgesetz** (Drs. 15/1429), der auf Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 15/1344) vom Landtag angefordert worden war. Darin gibt die Regierung Auskunft über ihre Haltung zu den diesbezüglichen Gesetzentwürfen der Bundesregierung und ihre Umsetzung in Landesrecht. Es geht unter anderem um die Einrichtung von Juniorprofessuren an den Hochschulen und die Einführung einer leistungsorientierten Bezahlung der Professorinnen und Professoren.

Am **Freitag, 25. Januar 2002**, startet das Parlament mit der Debatte über die Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema **„Schleswig-Holstein und Europa“** (Drs. 15/1490). Themenkomplexe sind die politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union auf Schleswig-Holstein sowie die Entwicklung der Organisierten Kriminalität.

Es folgt die Beratung über die **Studienangebote für Architektur- und Bauingenieurwesen** (Bericht der Landesregierung Drs. 15/1327). Darin wird die Umwandlung der Muthesius-Hochschule in eine Kunsthochschule und der Konzentration der Architekturausbildung im Raum Kiel auf diese Kunsthochschule angekündigt. Am Fachbereich Bauwesen der Fachhochschule Kiel mit Sitz in Eckernförder soll zudem ein „Kompetenzzentrum Bauingenieurwesen“ entstehen. An der Fachhochschule Lübeck wird der Studiengang „Bauingenieurwesen“ auslaufen. Die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses diesem im November an ihn überwiesenen Bericht lautet, der Landtag solle ihn zur Kenntnis nehmen (Drs. 1444).

Anschließend geht es um die **Bundesrichterwahl**. Der Innen- und Rechtsausschuss hatte dazu jeweils einen Antrag von CDU (Drs. 15/1180) und FDP (Drs. 15/1209) durch den Landtag überwiesen bekommen. Er empfiehlt dem Landtag nun einstimmig einen Antrag (Drs. 15/1445) zur Annahme, in dem die öffentliche Ausschreibung von Bundesrichterstellen und die Beteiligung der Anwaltschaft am Richterwahlausschuss gefordert werden.

Der **Stand der Brennstoffzellen-Technologie** ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1475), der aufgrund eines Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1182) vorgelegt wurde. Dabei geht es um die Nutzung dieser Technologie für die Energieversorgung. In Schleswig-Holstein befassen sich bisher sieben Unternehmen und acht wissenschaftliche Einrichtungen mit der Brennstoffzellen-Technologie, so der Bericht.

Am Nachmittag debattiert der Landtag dann über den **Bericht zur Biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1323). Darin wird über die in Schleswig-Holstein vorkommenden Tier- und Pflanzenarten sowie über Maßnahmen des Artenschutzes berichtet.

Die **Finanzielle Lage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)** ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1486), der einstimmig vom Landtag angefordert worden war. Es geht dabei um die Neuregelung der Zusatzversorgung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die tarifvertraglich festgelegt ist. Das bisherige System drohte aufgrund verschiedener Faktoren zusammen zu brechen (3,5 Mrd. DM Defizit). Daher vereinbarten die Tarifparteien im November vergangenen Jahres ein neues Betriebsrentensystem in Form eines Punktemodells, das im Bericht der Landesregierung erläutert wird.

Am Schluss der 19. Tagung findet eine Fragestunde statt, im Rahmen derer der Abgeordnete Jost de Jager (CDU) von der Landesregierung wissen möchte, warum es rund dreieinhalb Jahre gedauert hat, bis die Landesregierung den Landtagsbeschluss zur Abschaffung von Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer umgesetzt hat.

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
3	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz (Drs. 15/1508)	5
5	Änderung des Gesetzes zur Insolvenzordnung (Drs. 15/1434)	-
9	Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses	-
15	Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung (Drs. 15/1505)	-
21	Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik (Drs. 15/1513)	-
23	Änderung der Datenschutzordnung (Drs. 15/1514)	-
27	Erhalt der Abendschulen (Drs. 15/1443)	5
30	Bekämpfung des Terrorismus (Drs. 15/1446)	5
31	Opferschutz im Strafverfahren (Drs. 15/1447)	5
32	Befahrungsabgabe und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals (Drs. 15/1461)	5
35	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark (Drs. 15/1496)	5
36	Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik (Drs. 15/1498)	5

## Reihenfolge der Beratung der 19. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Vorauss. Be- ginn der Bera- tung
<b>Mittwoch, 23. Januar 2002</b>			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
2	Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer	65	11:30
<b>11</b>	<b>Neue Wege in der Drogenpolitik</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
6	Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes	30	15:30
7	Änderung des Landesmeldegesetzes	30	16:00
10	Bekämpfung von Rechtsextremismus	60	16:30
37	Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen	30	17:30
<b>Donnerstag, 24. Januar 2002</b>			
12 u.13	Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen und Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung	60	10:00
14	Liberalisierung des Wettbewerbsrechts	30	11:00
16	Zukunft der Regionalisierungsmittel	30	11:30
22	Herstellung von Chancengleichheit bei Qualitätswettbewerb	30	12:20
17	Integration von AusländerInnen in der Wirtschaft	30	12:30
<b>25</b>	<b>Haus der Geschichte</b>	<b>60</b>	<b>15:00</b>
18	Notschleppkapazitäten in der Deutschen Bucht	30	16:00
19	Anonyme Geburten	30	16:30
20	Landwirtschaftlicher Wirtschaftswegebau	30	17:00
26	Bericht zum Professorenbesoldungsreformgesetz	30	17:30
<b>Freitag, 25. Januar 2002</b>			
<b>8</b>	<b>Schleswig-Holstein und Europa</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
28	Studienangebote für Architektur und Bauingenieurwesen	35	11:00
29	Bundesrichterwahl	35	11:35
33	Stand der Brennstoffzellen-Technologie	30	12:10
<b>24</b>	<b>Bericht zur Biologischen Vielfalt</b>	<b>35</b>	<b>15:00</b>

<b>TOP</b>		angemeldete Redezeit	Vorauss. Be- ginn der Bera- tung
34	Finanzielle Lage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	30	15:35
38	Fragestunde	30	16:05



### Ablauf und Beratungszeiten der 19. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
<b>1</b>	<b>Aktuelle Stunde</b>								<b>90</b>
	<b>Zweite Lesungen</b>								
2	Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer (Reg.) - <b>Mittwoch 10:00 Uhr -</b>	5	10	10	10	10	10	10	65
3	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (FDP)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
	<b>Erste Lesungen</b>								
4	Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Landesabfallwirtschaftsgesetzes (SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)	<b>- Absetzung von der TO vorgesehen -</b>							
5	Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (Interfraktionell)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
6	Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
7	Änderung des Landesmeldegesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
	<b>Große Anfrage</b>								
8	Schleswig-Holstein und Europa (CDU) - <b>Freitag 10:00 Uhr -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
	<b>Wahlvorschlag</b>								
9	Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses (SPD)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
	<b>Anträge</b>								
10	Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	10	10	10	10	10	10	60
11	Neue Wege in der Drogenpolitik (CDU) <b>- Mittwoch 15:00 Uhr -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30



TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
29	Bundesrichterwahl (CDU)	5	5	5	5	5	5	5	35
30	Bekämpfung des Terrorismus (CDU)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
31	Opferschutz im Strafverfahren (CDU)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
32	Befahrungsabgabe und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals (CDU sowie FDP)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
33	Stand der Brennstoffzellen-Technologie (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
34	Finanzielle Lage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
35	Grenzüberschreibende Zusammenarbeit mit Dänemark (CDU)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
36	Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik (FDP)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
37	Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen (Reg.) - <b>nach TOP 10 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
<b>38</b>	<b>Fragestunde</b>								30

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119  
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de  
Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter [www.parlanet.de/pressticker](http://www.parlanet.de/pressticker)